

2723/AB XXI.GP  
Eingelangt am: 12.09.2001  
BM für Finanzen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Barbara Prammer und Genossen vom 12. Juli 2001, Nr. 2745/J, betreffend interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:  
Ja, dieser Beschluss ist mir bekannt.

Zu 2.:  
Die konstituierende Sitzung dieser Arbeitsgruppe erfolgte am 10. November 2000. Im Übrigen verweise ich auf die gleich lautend an den Herrn Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen gerichtete Anfrage Nr. 2750/J.

Zu 3.:  
In diese Arbeitsgruppe wurden  
Ministerialrätin Dr. Elfriede Fritz und  
Ministerialrätin Dr. Monika Hutter (Stellvertreterin)  
entsandt.

Zu 4.:

Auch diesbezüglich verweise ich auf die Ausführungen in der Antwort auf die gleich lautend an den Herrn Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen gerichtete Anfrage Nr. 2750/J.

Zu 5. und 6.:

Ich habe in meinem Ressort eine Gender Mainstreaming Arbeitsgruppe eingerichtet, die mich beraten soll, wie in den vom Bundesministerium für Finanzen federführend wahrzunehmenden Bereichen Gender Mainstreaming umgesetzt werden kann. Die spezifische Betroffenheit von Frauen und Männern durch die im Bundesministerium für Finanzen gestaltete Politik soll transparent und bewusst gemacht und eine geschlechtergerechte Politik, die die Bedürfnisse von Frauen und Männern entsprechend berücksichtigt, unterstützt werden.

Als Pilotprojekt soll die Arbeitsgruppe auf Basis der vorhandenen Statistiken eine vergleichende Darstellung der Lohn und Einkommensbesteuerung von Männern und Frauen erarbeiten (Z.B. wer nimmt welche Begünstigung in Anspruch etc.) und mir die Ergebnisse bis zum Ende des Jahres vorlegen.